

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

24.12.1932 (No. 302)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 959
und 954
Wolfschloß
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen
Chefredakteur
G. Amen, B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Wiedereinbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anker keine Ansprüche, falls die Zeitung verdrängt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Rentalanzeiger für Baden, Badischer Rentalanzeiger für Beamte, Offizianten und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Deutsche Reichsbahn — Deutsche Holzwirtschaft

Unter dieser Überschrift wird zu den Holzdurchfuhrtarifen insbesondere gegen die Tarife D 41 Polen-Holland und D 21 Tschechoslowakei-Holland, Stellung genommen und behauptet, die Reichsbahn öffne durch derartige D-Tarife dem Holzabfuhr des östlichen Auslands zum Nachteil des deutschen Holzabfuhr die westlichen Bezugsländer. Sie stelle dieser ausländischen Durchfuhr erheblich billigere Sätze zur Verfügung als der deutschen Ausfuhr und hemme diese damit in Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt. Diese Behauptungen sind schon oft als unhaltbar widerlegt worden, ihre Wiederholung kann sie auch nicht beweiskräftiger machen. Es sei noch einmal festgestellt:

Die Reichsbahn gibt auf ihren kürzeren Durchfuhrstrecken dem Auslandsholz nur dann und nur insoweit eine Ermäßigung, als sie durch die auf einem anderen Weg erreichbaren Frachten dazu genötigt wird. Sie schafft also keine neue Frachtpreisfrage, sondern tritt in eine Preisfrage ein, die ein Wettbewerb vor ihr geschaffen hat. Sie muß das wie jeder Kaufmann tun, wenn sie nicht aus dem Frachtpreisgeschäft zu werden will. Beiliegend ist sich nicht am Frachtpreisgeschäft, so machen dies die ausländischen Frachtführer ohne Reichsbahn. Das Holzgeschäft z. B. zwischen Polen und Holland würde sich dann eben über die polnischen Bahnen nach Obbingen und mit Küstendampfern nach Holland abwickeln. Die deutschen Durchfuhrtarife halten sogar gegenüber den Wasserfrachten eine Erhöhung (Anreizzuschlag). Es ist erstaunlich, mit welchen agitatorischen Absichten man immer wieder über diese Tatsachen hinwegweist und der Reichsbahn die ihr ausgesetzten Durchfuhrtarife vorzuwerfen versucht.

Weshalb greift man die Elbe- oder Oderdampfschiffe nicht an, die das Auslandsholz noch billiger nach Holland bringt, als die Eisenbahn? Glaubt man weiter, auf die Dauer mit solchen Veröffentlichungen den Eindruck erwecken zu können, als ob die absolute Fracht, z. B. von Pillina (Tschechoslowakei) nach Amsterdamm, durch den angegriffenen deutschen D-Tarif niedriger werde als z. B. von Oppenau nach Amsterdamm mit Wasserumschlag auf dem Rhein in Karlsruhe? Man stelle doch gefälligst die Gesamtfrachten gegenüber und nicht Durchfuhrfrachten, die als Teilfrachten für sich allein gar nichts bedeuten.

Glaubt man endlich, daß die Absatzmöglichkeiten von Holz von den östlichen Ländern nach den westlichen überhaupt durch Frachtfragen ausschlaggebend bestimmt werden? Nemht etwa Frankreich seine Einfuhrkontingente nach der Höhe der Frachten? Könnte etwa eine Aufhebung der deutschen Durchfuhrfrachten die Zollvorteile überbrücken, die Frankreich seinen östlichen Freunden gewährt? Hat die Schweiz ihre Kompensationsmaßnahmen von Frachten abhängig gemacht? Keine Zölle deutscher Holz würde nach Frankreich mehr hineingelassen und keine Zölle polnisches Holz ferngehalten werden, wenn die Reichsbahn ihre Durchfuhrtarife aufheben würde. Es gingen nur der Reichsbahn die auf alle Fälle ins Ausland gelangenden Transporte verloren, und damit die entsprechenden Frachteinahmen und Devisen. Ihren Wettbewerbern kämen diese Einnahmen zum Schaden des deutschen Volkseinkommens zugute.

Die amerikanische Außenpolitik

Gouverneur Roosevelt veröffentlicht eine Erklärung, in der er über die von Hoover gemachte Bemerkung, daß dem zukünftigen Präsidenten eine gemeinsame Arbeit mit Hoover in den Fragen der auswärtigen Politik unerwünscht sei, sein Erstaunen ausgedrückt. Roosevelt sagt: Ich bin von der Erklärung des Weißen Hauses überrascht. Es ist nicht nur für unser Land, sondern auch für die Lösung der Weltfragen bedauerlich, daß die Erklärung abgegeben und öffentlich verlautbart worden ist. Ich betrachte eine Zusammenarbeit in den auswärtigen Fragen als unerwünscht. Ich habe Hoover vielmehr in klarer Weise nahegelegt, seine Vertreter zu einer vorläufigen Bearbeitung der schwebenden Fragen zu ernennen und habe gebeten, über die Fortschritte dieser Vorarbeiten auf dem Laufenden gehalten zu werden. Ebenso habe ich das Angebot gemacht, mich mit Hoover während der Zeit bis zum 4. März beraten zu wollen. Ich hoffe, daß dieses praktische Programm und dieses bestimmte Angebot zu gemeinsamer Arbeit vom Präsidenten angenommen werden wird.

Frankreichs Finanzen. Finanzminister Chéron gab vor dem Finanzausschuß der Kammer Aufschluß über die finanzielle Lage. Er erklärte, daß wegen ungenügender Steuereinnahmen das Schatzamt seit Juni dieses Monats 9 Milliarden Franken in der Hauptsache durch Ausgabe von Schatzbons habe aufnehmen müssen. Um den Anforderungen der nächsten Monate gerecht werden zu können, müsse die Regierung vom Parlament die Ermächtigung nachsuchen, eine neue Tranche von Schatzbons bis zur Höhe von 5 Milliarden auszugeben, so daß die gesamte schwebende Schuld auf 14 Milliarden Franken anwachsen würde. Der Minister bezifferte das Defizit der letzten drei Jahre auf rund 17 Milliarden und das Defizit der Staatsbahnen auf 10 Milliarden Franken.

Kriegsschulden und englische Dominions. Die britische Regierung hat das Anerbieten Neuseelands auf Wiederaufnahme der Kriegsschuldenzahlungen an Großbritannien abgelehnt, da die englische Regierung in keiner Form das Neuseeland und den anderen Dominions auf Grund des Lausanner Abkommens gemacht Angebot auf Suspendierung der Zahlungen zurückzunehmen oder abzuändern wünsche.

Der polnisch-russische Nichtangriffspakt ist in Kraft getreten.

Letzte Nachrichten

Die Stellung der Sozialisten zur Regierung Paul-Boncour

Paris, 24. Dez. (Tel.) Im „Populaire“ äußert sich Léon Blum über die Beziehungen zwischen der Regierung Paul-Boncour und den Sozialisten. Das Programm des Kabinetts Paul-Boncour stehe dem sozialistischen Programm zwar nicht so nahe, daß eine Zusammenarbeit ins Auge gefaßt werden könnte, aber es mache es den Sozialisten doch möglich, der Regierung Vertrauen zu schenken. Bei Meinungsverschiedenheiten gegenüber der Regierung werde die sozialistische Kammerfraktion die bestehenden Schwierigkeiten ganz ungebunden und in jedem einzelnen Fall prüfen. Ein gemeinsamer guter Wille werde unter Umständen genügen, um das Hindernis zu überwinden und zu umgehen.

Die Inangriffnahme des Schuldenproblems

Washington, 24. Dez. (Tel.) Norman Davis, der amerikanische Hauptdelegierte bei der Abrüstungskonferenz, befindet sich auf dem Wege nach Alban, wo er am Samstag eine Vespredung mit Roosevelt haben wird. Vor seiner Abreise hatte Davis eine lange Unterredung mit Hoover und Stimson über Fragen der Weltwirtschaftskonferenz und der Abrüstungskonferenz. Nach seiner Vespredung mit dem zukünftigen Präsidenten wird er nach Washington zurückkehren und seine Konferenzen im Weißen Haus wieder aufnehmen. Man hofft, daß sein Besuch bei Roosevelt den Weg zur Inangriffnahme des Schuldenproblems ebnen wird.

Der Wechsel in der heftigen NSDAP.

Darmstadt, 24. Dez. (Tel.) In einer Sitzung der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, in der sich der bisherige Fraktions- und Gauführer Lenz von seinem früheren Mitarbeiter verabschiedete, wurde der abgeordnete Reichsanwalt Julius Worms von Gauführer Sprenger zum Fraktionsführer ernannt.

Kein deutscher Literatur-Lehrstuhl in Straßburg

Straßburg, 24. Dez. (Tel.) Nach einer amtlichen Pariser Zeitungsmeldung wird der Lehrstuhl für deutsche Literatur an der Universität Straßburg in einen Lehrstuhl für seitgemäße Geschichte umgewandelt.

Deutsch-österreichische Rechtsangleichung

Im Deutschen Reich und in Österreich besteht übereinstimmend der Wunsch nach einer Neuordnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens. Es würde einen wesentlichen Schritt in der Richtung der Rechtsangleichung bedeuten, wenn es gelang, diese Neuordnung in beiden Ländern einheitlich vorzunehmen. Nach eingehenden Vorarbeiten, die insbesondere auch von den wirtschaftlichen Körperschaften beider Länder geleistet worden sind, haben in diesem Monat Vespredungen zwischen dem Sachbearbeiter des Reichsjustizministeriums und des österreichischen Bundesministeriums für Justiz in Wien stattgefunden. Dabei ist es gelungen, einen gemeinsamen Entwurf für eine neue Vergleichsordnung aufzustellen. Dieser Entwurf wird nach Erledigung einiger redaktioneller Arbeiten mit erläuternden Bemerkungen im Laufe des nächsten Monats der öffentlichen Beurteilung unterbreitet werden.

Das Ründigungsstulbengesetz

Der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat sich auf Eruchen des Reichsarbeitsministeriums gutachtlich zu der Frage geäußert, wie das Ründigungsstulbengesetz in der Zeit der Wirtschaftskrise gewirkt hat. In dem Gutachten heißt es u. a., daß das Gesetz die Aufgabe habe, den älteren Angestellten eine längere Frist zum Auffuchen einer neuen Stellung zu gewähren und den Arbeitsmarkt der Angestellten vor plötzlichen Belastungen zu schützen. Diese Aufgabe habe das Gesetz in den Grenzen, in denen es gehalten sei, erfüllt. Das Gesetz sei jedoch zu schematisch, als daß es sich in der außerordentlichen Verschiedenheit der von ihm betroffenen Tatbestände voll hätte bewähren können. Das Gutachten kommt zu dem Schluß, daß der Sozialpolitische Ausschuß erhebliche Bedenken habe, für das Gesetz vom 9. Juli 1928 Änderungen vorzuschlagen.

Sitzung des Ältestenrats. Wie wir hören, wird die nächste Sitzung des Ältestenrats des Reichstags frühestens am Donnerstag, den 29. Dezember, stattfinden. Damit würde auch ein Zusammentritt des Reichstags zwischen Weihnachten und Neujahr technisch nicht mehr durchzuführen sein. In der letzten Sitzung des Ältestenrats war belamlich ein Zusammentritt in der Weihnachtswoche angeregt worden. Es ist nunmehr bestimmt damit zu rechnen, daß der Reichstag erst im Januar wieder zusammentritt.

Sieben Millionen erhalten Winterruhe. Über den Umfang der diesjährigen Winterruheaktion erfahren wir von unterrichteter Seite, daß in diesem Jahre sieben Millionen Personen von der Winterruhe befreit werden. Im vergangenen Jahre belief sich die Zahl der Befreiten auf 4,5 Millionen. Während im vorigen Jahre für die Fleischverbilligungsmahnahmen 17 Millionen und für die Kohlenverbilligung 6,5 Millionen eingesetzt waren, ist in diesem Jahre diese Summe, wie gemeldet, mit 35 Millionen in Ansatz gebracht worden.

* Zur politischen Lage

Politische Weihnachten

Wenn der weihnachtliche Geist das ganze Jahr über die Politik beeinflussen würde, dann würden wir heute weniger Sorgen haben, und das Glück und die Wohlfahrt der Völker würden größer sein. Aber das ist ja gerade der Grundgedanke des Christentums, daß die Liebe erst zur Herrschaft kommen soll, daß sie ungeheure Widerstände zu überwinden hat, und daß es eine Welt des Kampfes und der Zerrissenheit ist, über welche sie triumphieren wird. Wenn die Menschen zu allen Stunden freundlich und nachsichtig und geduldig wären, wenn sie allesamt brüderlich empfänden, dann hätte Christus sich nicht für diese Menschheit zu opfern brauchen.

Einstweilen ist jedenfalls der christliche Gedanke, wie er sich so besonders schön in dem Weihnachtsfeste offenbart, nur eine Mahnung, aber noch keine Erfüllung. Verzweifeln brauchen wir darob nicht. Das Weltgeschehen zählt nicht nach Jahrzehnten und nach Jahrhunderten, es zählt nach Jahrtausenden. Und vielleicht ist sogar jetzt schon, nach 1932 Jahren der Geschichte, die Auffassung nicht ganz unbegründet, daß sich die dem Menschen anhaftende Rohheit und Selbstsucht ein wenig gemildert hat. Im Leben der Völker und im Leben der Menschen untereinander sind heute doch Unmenschlichkeiten durch Sitte und Gesetz auf ein geringeres Maß beschränkt, als früher.

Daß überall dort, wo Christen wohnen und das Weihnachtsfest feiern, schon in den Tagen und Wochen vorher eine größere Milde des Denkens und Fühlens obwaltet, das ist eine Tatsache, die sich gewiß nicht bestreiten läßt. Und sie färbt naturgemäß auch auf die Politik ab. Soweit wir heute in der Runde umherblicken, werden wir kaum in einem christlichen Volk den Zustand offenkundigen Kampfes feststellen können. Es regiert der Geist des sog. Burgfriedens. So ist es auch bei uns in Deutschland.

Ganz und gar vom weihnachtlichen Empfinden diktiert ist der am Mittwoch gefaßte Entschluß des Reichskabinetts über die Winternothilfe. Denn es handelt sich hier um ein Sofortprogramm, dessen Segnungen noch vor Weihnachten in Erscheinung treten sollen. 35 Millionen Reichsmark sind zur Verfügung gestellt, um eine Lebensmittelpverbilligung für die besonders bedürftigen Schichten unseres Volkes zu ermöglichen. Fast schien es noch in den ersten Tagen dieser Woche, daß der Konflikt zwischen Parlament und Reichskabinetts noch vor Weihnachten ausbrechen sollte. Die Klippe ist umschifft worden: der Reichsrat hat die Amnestievorlage mit der notwendigen Mehrheit gebilligt, bzw. er hat auf sein Einspruchsrecht verzichtet. Und die Nationalsozialisten haben gegen den sofortigen Zusammentritt des Reichstags noch vor Weihnachten gestimmt.

Wahrscheinlich hätten sich die Nationalsozialisten auch dann, wenn die notwendige Mehrheit im Reichsrat ausgeblieben wäre, es sich noch reiflich überlegt, ob sie an der Seite von Sozialdemokraten und Kommunisten für die sofortige Einberufung des Reichstags stimmen sollten. Die Linie ihrer Politik liegt nun einmal fest: erst Mitte Januar soll die Streiktag wieder ausgegraben werden.

Jedenfalls haben die drei süddeutschen Regierungen Bayern, Württemberg und Baden Recht getan, als sie im Reichsrat gegen die Amnestievorlage stimmten. Es sind nicht nur einzelne Bestimmungen des Amnestiegesetzes, welche den rechtsbewußten Menschen zur Opposition treiben müssen, sondern es ist auch der neue, in seiner Schroffheit kaum noch zu überbietende Eingriff in die Länder, der hier im Süden zur Abwehr gezwungen hat.

Weihnachtliches Empfinden mag wohl auch bei der zunächst natürlich durch rein politische Beweggründe veranlaßten Aufhebung der bisherigen Sondermaßnahmen mitgesprochen haben. Das Reichskabinetts will wieder normale, gesetzliche Vorschriften anwenden, und es rechnet mit dem Verständnis der Bevölkerung und der Parteien für diese Maßnahmen.

Wenn die Voraussetzung zutreffen sollte, daß die radikalen Parteien bei ihrer Betätigung im Rahmen der Gesetze bleiben, dann wird man diese Maßnahmen des Kabinetts nur mit Genugtuung begründen können. Jede Einschränkung der Freiheitsrechte des einzelnen Bürgers hat etwas Mißliches an sich. Und man müßte schon ein orientalischer Despot sein, um an dem Erlaß derartiger Vorschriften ein Vergnügen zu haben. Tatsache ist, daß sich seit dem Erlaß jener verschärfenden Bestimmungen

viele zum Besseren gewandelt hat. Ob unter dem Einfluß der neuen Paragraphen und ihrer Anwendung oder unter dem Einfluß wachsender Selbstbestimmung das bleibt die offene Frage. Das Reichskabinett ist fest entschlossen, von neuem zuzugreifen und neue, scharfe Vorschriften zu erlassen, wenn es sich in seinen Erwartungen getäuscht sehen sollte.

Das Kabinett Paul-Boncour

Auch in Frankreich scheint die Rücksicht auf das Weihnachtstfest eine rasche Lösung der Kabinettskrise herbeigeführt zu haben. Es ist ein Kabinett Paul-Boncour, das schließlich zustande kam. Mit Recht hat man dieses Kabinett — trotz geringfügiger Abweichungen — seinem politischen Sinne nach ein „Kabinett Herriot ohne Herriot“ genannt.

Schon allein dies kennzeichnet aber die Schwierigkeiten, denen sich das Kabinett sehr bald gegenüber sehen wird. Was seine parlamentarische Untermauerung betrifft, so ist es, jenachdem auf die Zustimmung der Sozialisten oder der Rechten angewiesen. Stimmen beide Gruppen zusammen, so ist das Geschick des neuen Kabinetts besiegelt. Von der Rechten ist eine Toleranz kaum zu erwarten, und die Sozialisten haben ihrerseits noch keine Neigung bekundet, dem neuen Kabinett treue Gefolgschaft anzubieten.

Die nächste, wichtigste Aufgabe Paul-Boncours ist die Wiederherstellung vernünftiger Beziehungen zu Nordamerika. Diese Beziehungen sind aufs schwerste gestört. Und wenn auch Präsident Hoover zu erkennen gegeben hat, daß er sehr wohl über eine neue Schuldregelung mit sich werden lassen, so hat er doch hinzugefügt, daß bei dieser Regelung nur diejenigen Schuldner ein Entgegenkommen zu erwarten hätten, welche die Dezemberberrate gezahlt hätten. Frankreich, Belgien und Polen haben sie nicht bezahlt.

Nun ist von vornherein nicht recht einzusehen, wie Paul-Boncour etwas gelingen sollte, was Herriot auch nicht gelungen ist: nämlich die Zubilligung einer Stundung (in diesem Falle einer nachträglichen Stundung von seiten Amerikas), oder die Zustimmung der Kammer. Es wird erzählt, daß Paul-Boncour im Kabinett Herriot von vornherein als Gegner der Zahlung der Schuldentrate aufgetreten sei.

Was hat Deutschland von einem Kabinett Paul-Boncour zu erwarten? Nicht viel anderes, als von einem Kabinett Herriot. Paul-Boncour war ja Kriegsminister im Kabinett Herriot und ist als einer der Väter des französischen Abrüstungsplans zu bezeichnen. Er hat diesen Plan gegen den Widerstand der französischen Generalität durchgeschoben. Und das zeigt immerhin, daß er nicht gewonnen ist, sich und seine Politik einem schrankenlosen Militarismus auszuliefern.

Aber andererseits ist auch dieser Plan noch keineswegs das, was Deutschland erwarten mußte, wenn wirklich die Abrüstungskonferenz auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit einer von allen Teilnehmern unterzeichneten, den wahren Frieden verbürgenden Entschließung enden sollte. Zum mindesten läßt der Plan so viele Fragen offen, daß Deutschland ihm bei aller Anerkennung des

Bayreuth 1933-Prospekt

Noch kurz vor Jahresende ist der Prospekt für die Bayreuther Bühnenspiele im nächsten Sommer herausgegeben worden. Auch er macht den besonderen Charakter der bevorstehenden Jubiläumsaufführungen sofort kenntlich durch ein von Hans von Wolzogen geschriebenes Geleitwort, sowie durch mehrere aus der letzten Lebenszeit Richard Wagners stammende, zum Teil bisher unveröffentlichte Bildbeilagen. Schon deshalb dürfte seine so rechtzeitige Publikation jedem Freund der Bayreuther Sache willkommen sein, aber auch von Interesse für alle, die im Festspieljahr 1933 an den von Ende Juli bis Mitte August vorgesehenen Aufführungen — achtmal „Meisterfänger“ und fünfmal „Parsifal“ (beide unter Arturo Toscanini), zweimal „Ring des Nibelungen“ (in der neuen Dekoration von Emil Prezelorius, und in Heinz Tiejens Inszenierung, unter Karl Elmendorfs musikalischer Leitung) — persönlich teilnehmen wollen. Denn man sucht in dem sehr geschmackvoll ausgestatteten Heftchen nicht vergebens nach allen nötigen Informationen von der genau angegebenen Spielfolge und der Kartenbesorgung an bis zu Hinweisen bezüglich der Unterkunft und Mitteilung der besten und schnellsten Zugverbindungen samt einer knappen Orientierung über alles sonst noch von der fränkischen Stadt und ihrer Umgebung (Automobilausflüge) zunächst Wissenswerte.

Die Vorbereitungen für die Festspiele 1933 sind nunmehr soweit gediehen, daß ein Teil der Hauptmitwirkenden genannt werden kann. U. a. wurden verpflichtet: Frida Leider als Brünnhilde und Kundry; Maria Müller als Eva und Siglinde; Wigrig Oregin als Frida und Waltraude; Max Lorenz als Siegfried und Walthar von Stolzing; Rudolf Vodekmann als Hans Sachs und Wolan; Fritz Wolff als Walthar von Stolzing und Parsifal; Heinrich Schlusnus als Amfortas; Emanuel List als Hagen, Hunding und Fasner; Iwan Andrejew als Gurnemanz und Fasolt; Herbert Janßen als Amfortas, Erich Zimmermann als David und Mime; Eugen Fuchs als Beckmesser. Eine vollständige Liste der Mitwirkenden wird demnächst veröffentlicht werden.

Die Ingenieurschule Weimar, die unter namhafter Erweiterung ihrer Einrichtungen 1931 von Altenburg nach Weimar übersiedelte, führt zur Zeit ihr 75. Semester. Die Anstalt verfügt über musterträchtig eingerichtete Sonderabteilungen für Elektrotechnik, Maschinenbau, Automobilbau, Flugzeugbau und Papiertechnik. Ihr ist eine staatlich konzessionierte Fliegererschule angegliedert. Die leistungsfähigen Lehrwerkstätten, die in die Liste der anerkannten Ausbildungsbetriebe für Jungpraktikanten eingetragen ist, befaßen sich u. a. mit dem praktischen Flugzeugbau. Der Weltrekordsegelflieger Robert Kronfeld ist Mitarbeiter der Anstalt und leitet den Flugzeugbau. Sein neuestes Segelflugzeug „Austria II“, mit dem er letzthin in Wien vor 25 000 Zuschauern aufsehenerregende Kunstflüge ausführte, ist in den Werkstätten der Ingenieurschule Weimar erbaut. Auch Hauptmann Köhls Versuchsfeld befindet sich in der Ingenieurschule Weimar.

durch ihn gegebenen Fortschritts nur mit Skepsis betrachten kann.

Noch bedenklischer ist die Tatsache, daß in den letzten Wochen von französischer Seite eine regelrechte Kampagne unternommen worden ist, um die Bedeutung der Entschließung der Fünfmächtekonferenz abzuschwächen. Allerdings begann dieser publizistische Kampf noch in den letzten Tagen des Kabinetts Herriot. Aber es unterliegt gar keinem Zweifel, daß Paul-Boncour ihn gebilligt hat. Jedenfalls mahnen uns die Vorgänge in Frankreich nach wie vor zur äußersten Vorsicht.

Aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung

Die Rede Dr. Geretes — 40-Stundenwoche

Am Freitagabend sprach über alle deutschen Sender der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Geretes. Er gab zunächst ein Bild der allgemeinen deutschen Arbeitsmarktlage und führte in diesem Zusammenhang die einzelnen bisher getroffenen Maßnahmen an, um der Not gerade auf diesem Gebiet zu steuern. Jetzt sei es vor allen Dingen nötig, die eingeleiteten und geplanten Arbeiten schleunigst durchzuführen. Das gelte vornehmlich für landwirtschaftliche Meliorationen, für die 342 Millionen RM. aufgewendet würden. Für vorläufige Kleinanbauten seien 78 Millionen, zur Förderung des Eigenheimbaues 20 Millionen bereitgestellt worden. Zur Instandsetzung von Wohnungen usw. würden 50 Millionen bewilligt werden.

Dr. Geretes kam dann auf den Kern seines schon bekannten Arbeitsbeschaffungsprogramms zu sprechen, eine möglichst umfassende Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand zu erreichen. Die Privatinitiative könne die Schwierigkeiten nicht allein lösen. Es sei Pflicht der öffentlichen Hand, der Privatwirtschaft auch durch Arbeitsaufträge neben der notwendigen steuerlichen Entlastung jede nur mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen. Alle vorhandenen Möglichkeiten müßten ganz nützlich und real ausgeschöpft werden. Träger aller öffentlichen Arbeiten erhalten zunächst bis 500 Millionen RM. Darlehen. Die Durchführungsbestimmungen folgen in Kürze. Bei einer Tilgungszeit von beispielsweise 20 Jahren beträgt die Rente jährlich 6 Prozent des Darlehens. Die Hauptkosten des Kapitaldienstes trägt das Reich. Außerdem werden noch zwei Freijahre vorgezogen. Sämtliche Arbeiten müssen volkswirtschaftlich wertvoll und nötig und möglichst 1933 beendet werden. Sie sollen vornehmlich der Instandsetzung und Verbesserung vorhandener Anlagen dienen. Durch Überwachung sollen Fehlinvestitionen ausgeschlossen sein. Die Vergebung öffentlicher Arbeiten soll grundsätzlich an Unternehmer, nicht Generalunternehmer, erfolgen. Mittlere und kleinere Betriebe in Handwerk und Gewerbe sind zu berücksichtigen und Schwarzarbeit zu unterbinden. Nach Möglichkeit soll menschliche Arbeitskraft der Maschine vorgezogen werden. Außerdeutsche Baustoffe dürfen nur bei Fehlen heimischer Produkte verwendet werden. Nur inländische Erzeugnisse sind bei Neueinstellungen zu berücksichtigen und hierbei wieder in erster Linie Väter kinderreicher Familien. Die Arbeitszeit von wöchentlich 40 Stunden soll, um möglichst vielen Arbeit zu geben, nicht überschritten werden. Im Rahmen dieses Programms ist die Lage der Gemeinden in finanzieller Hinsicht genau zu prüfen und der Kredit möglichst so zu gestalten, daß auch die am schlechtesten gestellten Gemeinden ihn aufnehmen können.

Einspruch gegen den Margarinebeimischungszwang. Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afabundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes haben beim Reichskanzler gegen jede Kontingentierung der Einfuhr von Margarineerzeugnissen und jeden Beimischungszwang zur Margarine protestiert.

Bürgermeisterwahl in Hamburg. Der Senat hat für das Jahr 1933 Bürgermeister Dr. Karl Petersen zum ersten Bürgermeister und Bürgermeister Rudolf Kloss zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Kundentüte des Papstes am Weihnachtsabend. Am Weihnachtsabend wird die vatikanische Radiostation die Rede des Papstes an die Kardinal- und an die römischen Prälaten übertragen. Die Übertragung beginnt um 24 Uhr (MEZ.) und erfolgt auf Welle 1984.

Amerika und die interalliierten Schulden. Im amerikanischen Staatsdepartement wurde bestätigt, daß in den Fragen der interalliierten Schulden, des Handelsvertrags mit Frankreich und der Weltwirtschaftskonferenz keine neuen Schritte unternommen werden sollen, bevor Roosevelt sein Amt antritt.

Kleine Chronik

Bei kommunistischen Ausschreitungen in Elberfeld wurden zwei Polizeibeamte schwer verletzt. In einigen Sitzungen wurden die Laternen durch Steinwürfe zertrümmert, in anderen das Straßenpflaster nach Einbruch der Dunkelheit aufgerissen. Drei Personen wurden durch Schüsse verletzt, jedoch besteht bei keiner Lebensgefahr. Die Kräfte der Polizei benutzten mehrfach die Gelegenheit, Räder, deren Schelben sie einwarfen, auszulüpfen.

Die Vertreter des Nebenlagers Dr. Fetsch wollen gegen die Freisprechung Geheimrat Garos Verurteilung beim Reichsgericht anmelden. Die Akten des Prozesses, die dem Nebenlager aufgelegt worden sind, sind noch nicht berechnet worden, dürfen sich aber — entgegen phantastischen Schätzungen — um 100—150 000 RM. herum bewegen, da sie sich ja nur aus den eigentlichen Gerichtsakten, den Gebühren für Zeugen und Sachverständigen und den gesetzlichen Gebühren der Verteidiger zusammensetzen. Natürlich werden die privatim vereinbarten Honorare, die Dr. Fetsch nicht zu erzielen hat, bedeutend höhere Summen ausmachen.

Der Herausgeber der „Weltbühne“ in Berlin, Carl von Ossietzky, der wegen Landesverrat zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist auf Grund der Amnestie am Donnerstag aus dem Gefängnis entlassen worden.

Fünf Ärzte von Czernowitz in der Bukowina (Rumänien) erkrankten an Tollwut. Sie hatten ein Mädchen behandelt, das von einem tollwütigen Hund gebissen worden war und schließlich starb.

Bei schweren Erwerbslosenaustrittungen in Glasgow wurden 14 Polizeibeamte verletzt. Fünf Demonstranten wurden festgenommen.

In der italienischen Artillerieschule von Nettuno, nahe bei Rom, ereignete sich beim Füllen der Munition eine Explosion, die 5 Soldaten das Leben kostete.

In Fukagawa, einem östlichen Vorort von Tokio, richtete ein Großfeuer erheblichen Schaden an. 14 Personen kamen in den Flammen um, 4 wurden schwer verletzt, 30 werden noch ver-

Badischer Teil

Steuersteuern

Von der Presestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Gemäß § 18 Buchstabe b des Einkommensteuergesetzes vom 9. Dezember 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 806) wird auf die Erhebung einer Einkommensteuer bei der Einfuhr von Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren aus dem Lande Thüringen in das Gebiet des badischen Staates im Wege der Gegenseitigkeit verzichtet.

Diese Regelung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1933 an in Kraft.

Ein Hirtenbrief des Prälaten zum Neujahrstag

In den Gottesdiensten der badischen Landeskirche am Neujahrstag wird ein Hirtenbrief des Prälaten D. h. c. Kühnlein verlesen. Er richtet zunächst an die treuen Kirchenglieder die Aufforderung, denen die Hand zu reichen, die unter dem Druck äußerer Not in Gefahr stehen, dem Christenglauben abzusagen und den Sinn ihres Lebens zu verlieren. Sodann wird die Bitte ausgesprochen, den kostbaren Schatz des christlichen Hauses vor aller drohenden Entartung und Zerschlagung in einer Zeit, in der das Familienleben auf das höchste gefährdet ist, zu hüten und die Familien mit christlichem Geist zu durchdringen, damit unsere Häuser Stätten der Freude und des Friedens werden und so von innen heraus sich unseres Volkes Leben wieder erneuern.

Das ist auch nötig um der Jugend willen, die um ein neues Lebensideal ringt, manchmal über das Ziel und über das Verständnis des älteren Geschlechts hinausgeschickt und besonders schwer von der Arbeitslosigkeit betroffen wird. Wir müssen der Jugend helfen mit Geduld und Vertrauen und es als unsere Aufgabe betrachten, die vielfach überschäumenden Wasser in das rechte Bett zu leiten.

Ebenso tut uns eine Erneuerung des kirchlichen Lebens not, zumal das Parteiwesen auch die Kirche und die Gemeinden zu zerfetzen droht. Wir können nicht dankbar genug sein, daß unsere Kirche über allen Parteien steht. Zum Schluß des Hirtenbriefes wird an die Gemeinden die herzliche Bitte gerichtet, in ihrer bisherigen Opferfreudigkeit auch im neuen Jahre nicht müde zu werden und so zu bedenken, daß außerordentliche Zeiten auch außerordentliche Opfer erfordern.

Sorderungen des Handwerks

In seiner letzten Sitzung hat der Vorstand der Handwerkskammer Karlsruhe Forderungen des Handwerks gestellt, die folgendes betreffen:

1. Beseitigung der Hauszinssteuer oder ihre volle Aufrechnung gegen durchgeführte Hausinstandsetzungsarbeiten;
2. sofortige Beseitigung aller nicht im öffentlichen Interesse gelegenen Regiebetriebe der öffentlichen Hand und der Wirtschaft;
3. Anwendung schärfster Bekämpfungsmittel gegen die Schwarzarbeit;
4. die Behörden seien anzuweisen, die Verdingungsordnung für Bauleistungen ihrem Sinn und Geist entsprechend durchzuführen;
5. Maßnahmen zur Kreditverleicherung für den gewerblichen Mittelstand durch Bereitstellung von ausreichenden Guthabemitteln und Zinsentzug;
6. allgemeine Lastensenkung in Reich, Staat und Gemeinden, Anpassung der Steuern und Gebühren an die augenblicklichen Einkommensverhältnisse, Finanz- und Verwaltungsreform für Reich, Länder und Gemeinden;
7. Sicherung der Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes bei allen sozialpolitischen Maßnahmen zum Schutze der Kaufkraft.

Von der sofortigen und reiflichen Erfüllung dieser Forderungen, so bejagt die Erklärung zum Schluß, hängt das Leben unzähliger Handwerkerfamilien ab, auf deren notwendige Erhaltung bisher fast alle Regierungen hingewiesen haben.

Die Tätigkeit der öffentlichen Berufsberatung im Geschäftsjahre 1931/32

Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung der Arbeitsämter im Bezirk des Landesamts Süddeutschland wurde in der Zeit vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 von insgesamt 31 665 Jugendlichen, 20 217 männlichen und 11 448 weiblichen aufgeführt. Gemessen an den Aufsuchendenzahlen des Vorjahres zeigt sich ein Rückgang von 9 v. H., der seine natürliche Erklärung in dem in Auswirkung des Geburtenrückganges prozentual sehr viel stärkeren Absinken der Entlassungszahlen der Volksschulen findet, die in diesem Jahre ihren tiefsten Stand erreicht haben.

In der Lehrstellenvermittlung machen sich die Folgen der Wirtschaftskrise in erhöhtem Maße geltend: Industrie, Handel und Handwerk haben die Lehrlingshaltung noch mehr eingeschränkt. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Lehr- und Anlernstellen für männliche Jugendliche, die 1929/30 über 16 000, 1930/31 noch mehr als 13 000 betrug, sank auf 9 900 herab. Viele dieser gemeldeten Lehrstellen wurden wegen Arbeitsmangel wieder zurückgezogen, so daß die Zahl der für die Vermittlung zur Verfügung stehenden tatsächlich wesentlich niedriger war. 6616 von den männlichen Aufsuchenden konnten in Lehr- und Anlernstellen untergebracht werden, 303 gingen an Fachschulen, 691 an Hochschulen. Auf dem weiblichen Lehrstellenmarkt standen rund 2500 Lehrstellen zur Verfügung, 1000 weniger als 1930/31. 1989 der Bewerberinnen konnten vermittelt werden.

Was die Berufswünsche der männlichen Jugendlichen betrifft, so zeigt die Zahl der Bewerber um Lehrstellen in den Metallberufen und dem Baugewerbe den stärksten Rückgang. Dagegen waren Lehrstellen in den Nahrungsmittelberufen, die meist noch mit Kost und Wohnung versehen werden, und im Bekleidungs- und Lederhandwerk begehrt als im Vorjahre. Bei den lehrstellenjüngeren Mädchen war die überwiegende Zahl der Berufswünsche auf den kaufmännischen Beruf — Verkäuferin und Kontoristin — gerichtet. Die Zahl der Bewerberinnen um Lehrstellen im Bekleidungs- und Lederhandwerk zu den hauswirtschaftlichen Berufen hielt sich auf der gleichen Höhe wie 1930/31.

Verbandsparlamente Adolfszell. Die Stelle des Geschäftsleiters der Öffentlichen Verbandsparlamente Adolfszell, die auf 1. April 1933 frei wird, ist dem Revisionsoberinspektor Karl Leicht beim Badischen Sparkassen- und Giroverband in Mannheim übertragen worden. Die Einigung des Herrn Leicht für diesen Posten ist dem Verwaltungsrat — wie dieser mitteilt — der Sparkasse aus Anlaß verschiedener von Herrn Leicht vorgenommenen Revisionen so ausreichend bekannt, daß eine Ausschreibung sich erübrigte.

Amnestie-Ausführung in Baden

Das Justizministerium hat schon bisher in allen Fällen, in denen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Antiterrorenordnung vom 9. August d. J. auf Zuchthausstrafen erkannt wurde, diese in Gefängnisstrafen von gleicher Höhe umgewandelt und darüber hinaus einen weiteren Gnadenbeweis für einen Teil der Freiheitsstrafen in Aussicht gestellt. Es handelt sich hierbei um vier Straffachen, die sich nach Sachlage sowohl im Hinblick auf die Persönlichkeit der Verurteilten wie auf die Art der Straftaten zu einer Begnadigung im obigen Umfange eignen.

Im Fall Gährigen wurden durch die große Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe mit Urteilen vom 12. und 13. August d. J. zahlreiche Einwohner von Gährigen wegen Auftrags, Landfriedensbruch u. a. zu Gefängnisstrafen von 6 bis 10 Monaten abzüglich je 6 Wochen Untersuchungshaft verurteilt. Mit Erlaß vom 12. Dezember d. J. Nr. 68 808 wurden sieben Verurteilte, die mit 6 Monaten Gefängnis bestraft worden sind, auf 20. Dezember d. J., die übrigen vier Verurteilten auf 14. Januar nächsten Jahres auf Wohlverhalten beurteilt, die Erstgenannten nach Verbüßung von etwa 1/2 Monaten ihrer monatlichen Strafe, die übrigen nach Verbüßung von etwas über zwei Monaten ihrer Strafe.

In zahlreichen Einzelfällen politischer Art wurde unter Berücksichtigung der besonderen Lage des Falles und der familiären und wirtschaftlichen Verhältnisse der Verurteilten vom Vollzug der Freiheitsstrafe völlig abgesehen und an deren Stelle Strafausschub auf Wohlverhalten, unter Aufzählung einer den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßten, in Raten zahlbaren Geldbuße bewilligt.

Nach der Zustimmung des Reichsrats zum Amnestiegesetz hat die Badische Justizverwaltung noch am gleichen Tage, das ist am 20. Dezember 1932, den sofortigen Vollzug nach Erscheinen des Gesetzes angeordnet. Die Anordnung ist am 21. Dezember 1932 im Justizministerialblatt veröffentlicht.

Gemeinderundschau

Bauliche Veränderungen in Mannheim. Es hat sich herausgestellt, daß trotz aller gebotener Sparmaßnahmen einige größere bauliche Maßnahmen nicht mehr zu vermeiden sind. So genügt nicht mehr der **Stromhauptstapel** in seiner veralteten Einrichtung den Erfordernissen der Betriebsfähigkeit und bedarf des Ersatzes. Der Gesamtaufwand beträgt 270 000 RM.; die Arbeiten werden längere Zeit in Anspruch nehmen. Der noch im laufenden Etatjahr anfallende Kostenbetrag von 70 000 RM. wird dem Erneuerungsfonds der Werke entnommen. Ferner sind bauliche Verbesserungen im **Haut- und Sonderbau des Krankenhauses** nicht zu umgehen. Der Stadtrat stellt hierfür 26 100 RM. bereit. Die Deckung dieses Betrages wird aus Wirtschaftsmitteln durch Einstellung entsprechender Summen in die Etats der nächsten Jahre erfolgen.

Zarische Entlohnung städtischer Fürsorgearbeiter. Der Stadtrat Heidelberg beschloß unter Aufhebung der einstweiligen Regelung vom 2. Oktober, daß mit Wirkung von der ersten Lohnwoche nach dem 1. Januar 1933 an die in städtischen Regiebetrieben beschäftigten Fürsorgearbeiter nach der Gruppe III a des Gemeindefürsorgearbeitertarifes bei 46stündiger Arbeitswoche entlohnt werden und zweitens, daß diese Entlohnung auch die vom städtischen Forstamt im Wald beschäftigten Fürsorgearbeiter erhalten sollen. Der Oberbürgermeister hat sich die Entscheidung darüber, ob und inwieweit er gegen diesen Beschluß auf Grund der Haushaltsverordnung Einspruch erheben müsse, vorbehalten.

Der Stadtrat Heidelberg wählte als Nachfolger des in den Dienststand getretenen Oberforstrats Krutina den bisherigen Dienstvorstand des Forstamtes Zell am Harmersbach, Forstwart **Emmal Fruch**.

Die Bauarbeiten am Wertheimer Schutthafen haben bisher gute Fortschritte gemacht. Lage und Form des zukünftigen Hafens sind bereits erschichtlich. Die Seitenwände sind bereits abgegraben. Das Weiden ist bis zur Hälfte ausgehoben. Von 110 000 Kubikmeter Erde sind bereits 45 000 Kubikmeter bewegt. Seit kurzem ist ein großer Raupenschlepper eingesetzt. Zwei Kumpflöcher sorgen Tag und Nacht für die Entfernung des in die Baustelle eindringenden Wassers. An der Baustelle sind ferner fünf Kleinbahnen in Betrieb.

Der Gemeinderat **Kembs** (bei Wertheim) hat sämtlichen Gemeindebeamten und -bediensteten einschließlich dem **Fahren- und Ziegenbockhalter, geküht, weil man die bisherige Bezahlung nicht mehr leisten könne.**

Die Bautätigkeit in Forzheim. Im Jahre 1932 erstreckte sich die Bautätigkeit der Stadt Forzheim auf etwa 40 Neubauten, ausschließlich Ein- und Zweifamilienhäuser im Gebiet der halboffenen und offenen Bauweise. Außerdem wurden rund 60 Stadtrandneubauhäuser erstellt.

Der **Bürgerausschuß Forst** (bei Bruchsal) hat unter dem kommissarischen Bürgermeister den Voranschlag für 1932/33 mit 27 gegen 24 Stimmen (Kommunisten und Nationalsozialisten) angenommen. Der Umlagefuß beträgt 87,3 Prozent. Dazu kommt eine zweifache Bürgersteuer.

Handhabung Kaffee. Der Stadtrat stimmte dem Projekt einer Handhabung unter der Voraussetzung zu, daß die Domänenverwaltung das nötige Gelände auf dem ehemaligen Kleinen Exerzierplatz zur Verfügung stellt und das Reich die Geldmittel gibt. Es kommen 12 Siedlerstellen in Frage, für die sich 30 Bewerber meldeten.

Neue Ringstraße. Die seit dem Jahre 1896 in **Kuenheim** bei Rehl bestehende Fährstraße über die Ringstraße, die damals beim Beginn des Rehlhofenbaues errichtet wurde, ist nunmehr durch eine neue Ringstraße ersetzt worden. Der Verkehr über die neue Brücke konnte bereits aufgenommen werden, nur die rechte Zufahrtsstraße ist noch nicht fertig, da die Pfahlerarbeiten wegen des eingetretenen Frostes eingestellt werden mußten.

Alle Feuersprüche wieder in Dienst. Die Not der Zeit gestattet es der Gemeinde **Scherzheim** (bei Rehl) nicht, sich eine neue Feuersprüche anzuschaffen. Deshalb wurde jetzt die im Jahre 1829 von einem Universitätsmechanikus in Freiburg gebaute Feuersprüche wieder hergerichtet und in den Dienst der Freiwilligen Feuerwehr gestellt. Diese altbewährte Feuersprüche dürfte wohl eine der ältesten badens sein.

Der Stadtrat **Lahr** genehmigte den Abschluß einer **Kautionsversicherung** für das Personal der Stadtkasse beim Badischen Gemeindeversicherungsverband. Weiter beschloß der Stadtrat für die künftige Bearbeitung von Gesuchen von Grabsteinen politische Abzeichen nicht zuzulassen und Photographien weder auf Stein, noch Grabplatten und Kreuzen zu gestatten.

Finanzamt Hornberg bleibt bestehen. Nach einer Mitteilung des Landesfinanzamtes Karlsruhe wird das Finanzamt Hornberg in der bestehenden Form weitergeführt werden. Das Reichsfinanzministerium hat seine Absicht, dieses Finanzamt als Sparmaßnahme aufzuheben, aufgegeben.

Der **Voranschlag der Stadt Engen.** Die Umlage ist die gleiche wie im Vorjahre, nämlich 91 Pf. für das Grundvermögen, 83 Pf. für das Betriebsvermögen und 621 Pf. für den Gewerbesteuerbeitrag.

Der **Bezirksrat Bilsack** genehmigte die Kostentragung von 78 Hektar meist Waldbestand von dem 101. Sektor umfassenden geschlossenen Jagdgebiet „**Kobbergerhof**“ in **Kaltbrunn.** Als Käufer kommt die Firma **Gebrüder Karlin** in **Schillach** in Betracht. Der Kaufpreis beträgt 200 000 RM.

Der **Bürgerausschuß Rheinfelden** beriet, nachdem er gegen die Stimmen der Kommunisten einen Verkauf von Baugebiete bewilligt hatte, den Voranschlag der Gemeinde. Vom Bürgermeister wurde dazu ausgeführt, daß dieser Voranschlag ein Zwangssatz sei. Während der **ungebedeete Aufwand** im vorigen Rechnungsjahr 862 636 RM. betragen habe, sei er heute mit 455 352 RM. angelegt. Doch wäre es durch Kürzung der Ausgaben gelungen, eine Erhöhung der Bürgersteuer und die Einführung der Getränkesteuer zu vermeiden. Da die Steuerquellen der Gemeinde sehr beschränkt sind, mußte jedoch die Gesamtumlage zum gesetzlichen zulässigen Höchstmaß hinausgeschraubt werden. Nach langer Debatte wurde dann der Voranschlag ebenfalls mit allen gegen die sechs Stimmen der Kommunisten genehmigt.

Der **Bürgerausschuß Böhrnbach** hat einstimmig der Auflösung der städtischen Sparkasse Böhrnbach, sowie dem Vertrag mit der städtischen Sparkasse Willingen zwecks Errichtung einer Zweigstelle der Sparkasse Willingen in Böhrnbach seine Zustimmung erteilt.

Aus der Landeshauptstadt

Geben ist seeliger denn nehmen

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die **Karlsruher Notgemeinschaft** eine Zwischenbilanz:

Seit dem 1. Oktober 1932, dem offiziellen Beginn des Winterhilfswerks sind im ganzen durch die Berggruppen, die Lotterien und auf den verschiedenen Konten der Notgemeinschaft eingegangen rund 81 000 RM.; hieron sind Barspenden 52 000 RM., Waren spenden 19 000 RM., das Lotteriergebnis 10 000 RM. und Reinerträge aus Veranstaltungen 900 RM. Die für die Monate Januar bis mit März 1933 gezeichneten Spenden belaufen sich, Geld- und Warenspenden zusammen, auf 16 700 RM. Das jetzige Ertragsrisiko der bereits einbezahlten reiner Spenden bleibt gegenüber dem Vorjahr um den ansehnlichen Betrag von über 30 000 RM. zurück. Trotzdem stellt es der Gerechtigkeit der Karlsruher Bürgergemeinschaft ein gutes Zeugnis aus. Während die Zahl der als bedürftig anerkannten Familien und Einzelpersonen Mitte Dezember des vorigen Jahres 10 221 betrug, ist diese Zahl in diesem Jahr bereits auf 12 665 angewachsen, übersteigt also fast um 2500 den vorjährigen Versorgungsbedarf. Gerade in dieser Zahl macht sich die erhebliche Zunahme der Not auch in Karlsruhe bemerkbar.

Als erste Spendenverteilung wurden rund 22 000 Zentner Breifetts an die Bedürftigen auszugeben. Die zweite große Spendenverteilung war die in den Tagen vor dem Weihnachtsfest erfolgte Ausgabe der Lebensmittelgutscheine. Die Kosten dieser Verteilung belaufen sich allein auf etwa 23 000 bis 24 000 RM. Als dritte Spendenverteilung sind die Gutscheine für eine nochmalige Breifettsverteilung, die in den ersten Tagen des Monats Januar stattfindet, bereits vor den Festtagen ausgegeben worden. Hierbei kommen über 23 000 Zentner Breifetts und Kohlen zur Verteilung, also wiederum ein Güterzug mit 57 Doppelwaggons. Der normale Wert dieser Spende beträgt 33 000 RM.; die Karlsruher Notgemeinschaft hat allerdings dafür nur einen Betrag von rund 17 000 RM. bezuhen müssen. Nach Erledigung dieser Verteilung sind über 100 Doppelwaggons Breifetts mit rund 45 000 Zentner an die Notleidenden zur Ausgabe gekommen. Durch die verbilligte Mittagspeisung, bei welcher rund 5000 Essen täglich in den Wohlfahrtsküchen abgegeben werden können, wurden seit 1. Oktober bis jetzt über 160 000 Essen mit einem Gesamtwert von 24 000 RM. an die Bedürftigen herausgegeben. Außerdem konnten an die Bedürftigen an Warenspenden ausgegeben werden: 715 Zentner Kartoffeln, 2832 Laib Brot, 6790 Pfund Lebensmittel, 526 Lebensmittelgutscheine im Wert von 802 RM., 1200 Meter Stoff, Befeidungsgegenstände im Werte von 1800 RM., Sausrat im Wert von 220 RM., sonstige Spenden im Wert von 1100 RM., 8700 Freitische und 15 000 Schülerfreitische.

Nicht nur der Verringerung der materiellen Not hat die Notgemeinschaft ihre Tätigkeit gewidmet, sondern auch der Befähigung der seelischen Not, unter der gerade so viele der Hilfsbedürftigen leiden. Der **Ausschuß für Bildung und Unterhaltung** hat bereits wieder seit Mitte Dezember seine Kurse eingerichtet. Die Theatergruppe des Bildungsausschusses konnte seit 1. Oktober im ganzen 8 Theateraufführungen im Studentenhaus veranstalten, durch welche insgesamt 6100 bedürftige Personen gute Unterhaltung geboten werden konnte.

Viel ist geleistet worden, es bleibt aber noch viel bis zum Beginn des Frühjahres zu tun. In alle wird die inständige Bitte gerichtet, die Karlsruher Notgemeinschaft auch nach Weihnachten und im neuen Jahre in gleich vorbildlicher Art zu fördern, wie das bisher geschehen ist.

Vom Kreuzer „Karlsruhe“. Der Kommandant des Kreuzers „Karlsruhe“, Kapitän zur See, Bahner, in Kiel, hat in einem feindlichen Schreiben an den Oberbürgermeister namens der Offiziere und der gesamten Besatzung des Kreuzers „Karlsruhe“ für die Willkommgrüße und Aufmerksamkeiten gedankt, die die Stadtverwaltung den Offizieren und Mannschaften anlässlich der Rückkehr des Schiffes von seiner zweiten Auslandsreise erwiesen hat. Er überreicht der gesamten Bürgergemeinschaft gleichzeitig beste Weihnachts- und Neujahrswünsche. Der Oberbürgermeister hat diese Mitteilung und die guten Wünsche mit dankenden Worten erwidert.

Ein **schwerer Verkehrsunfall** ereignete sich am Freitag zwischen **Mühlburg** und **Teutschneureut**, dem der 25 Jahre alte **Holzf Knoch** aus **Teutschneureut** zum Opfer fiel. Knoch kam aus Karlsruhe und wollte auf seinem Motorrad nach Hause fahren. Kurz vor der Bahnlinie **Neureut-Mühlburg** kam ihm ein Lastzug entgegen, den er aber offenbar infolge des Nebels nicht sah. Der Motorradfahrer streifte den linken Stoßriegel des Lastkraftwagens und wurde zu Boden geworfen. Hierbei erlitt er einen Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Badisches Landestheater. Die am Montag, dem 26. Dez., dem zweiten Weihnachtsfeiertage, vormittags 11.15 Uhr, stattfindende „**Morgenfeier**“ wird ihrem Titel „**Deutsche Weihnacht**“ entsprechend streng den Charakter des christlichen Festes wahren, das den Anlaß zu ihrer Veranstaltung gab. Alle Darbietungen des Programms tragen im **Russkischen** wie **Regimentarischen** dem Geiste der Weihnachtsgeschichte des Evangeliums St. Lukas Rechnung, die nach einleitendem Hornquartett durch **Ulrich** von der **Trend** gesprochen werden wird. Nach zwei von **Else Wank** gesungenen **Marinenliedern** aus dem 17. Jahrhundert und drei von **Siegan Dahlen** vorgebrachten **Gedichten** von **Rainer Maria Rilke** bildet den **Schlusssatz** das **Requiem** „**Die ewige Weihnacht**“ von **P. Alberes** und **Alfred Hupp**, mit der von **N. Salomon** arrangierten **Russk.**

Der **Regensburger Domchor**, der in **Domkapellmeister Dr. Schrems** gegenwärtig einen **unübertrefflichen** Führer besitzt, kommt gleich nach den Feiertagen auf der **Durchreise** zur

(bayerischen) Pfalz an **Karlsruhe** vorüber und gibt am **Dienstag**, den 27. Dezember, im **Eintrachtssaal** zwei **Konzerte**: nachmittags 3½ und abends 8 Uhr. Die **Vorbereitung** der beiden Konzerte wurde der **Firma Kurt Neufeldt** übertragen, bei der der **Vorverkauf** lebhaft eingeleitet hat. Zwei weitere **Verkaufsstellen** wurden in der **Buchhandlung Bielefeld** und in der **Herderischen Buchhandlung** eingerichtet.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstagmorgen: Die **Wetterlage** bildet sich gegenwärtig um, doch geht die **Entwicklung** sehr langsam vor sich. Eine bei **Island** liegende **Zyklone** hat ihren **Einfluß** bis nach **Westdeutschland** erweitert, dabei hat sich **zunächst** der **Nebel** in der **Rheinniederung** aufgelöst; eine **weitere** Änderung des herrschenden **Witterungscharakters** ist noch nicht eingetreten. Auch für die **Weihnachtsfeiertage** sind **höchstens** unbedeutende **Niederschläge** zu erwarten, dagegen wird es in **tieferen** Lagen **milder**, auf dem **Hochschwarzwald** **kälter** werden. **Vorausage für die Weihnachtsfeiertage:** Bei **westlichen** Winden in **tieferen** Lagen am **Tag** **milder**, aber noch **Nachfröste**, **Hochschwarzwald** **Temperaturen** meist **unter Null**, **vorerst** noch **keine**, oder **höchstens** unbedeutende **Niederschläge**.

Wasserkünder: **Waldshut** 174 minus 6, **Basel** 32 minus 3, **Rheinweiler** 220 minus 7, **Rehl** 212 minus 1, **Magen** 344 minus 1, **Mannheim** 200 minus 2, **Gaub** 181 minus 2 **Zentimeter**.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Heidelberg, 23. Dez. Im Alter von 66 Jahren ist **Medizinrat Dr. Ulrich Lange-Herrstädt**, der in weiten Kreisen bekannte **Arzt**, zuletzt **Vertrauensarzt** der **Allgemeinen Ortskrankenkasse Heidelberg** gestorben. Im Jahre 1891 ließ er sich in **Medesheim** bei **Heidelberg** nieder, wo er über 30 Jahre als **praktischer Arzt** wirkte und in **hohem Ansehen** stand. Auf dem **Gebiet** der **Tuberkulosefürsorge** hat sich der **Verstorbene** besondere **Verdienste** erworben.

Hd. Mosbach, 23. Dez. Der **Neubau** der **katholischen Kirche** ist **gesichert**. **M. B.** berichteten kürzlich, daß der **Erzbischof** von **Freiburg** dem **Provinzialrat** in **Würzburg** die **Erlaubnis** zur **Errichtung** einer **Klosterniederlassung** zur **Ausübung** der **Seelsorge** in der **Pfarrei Messelhausen** erteilt hat. Im **Zusammenhang** damit erfahren wir nun, daß der **Stiftschatzmeister** **Heidelberg** **gehörige Besitz** samt **Schloßgebäude** an die **Klosterniederlassung** **verkauft** wurde. **Aus** dem **erlösten** **Gelde** soll der **größte** **Teil** des **Mosbacher Kirchenbaues** **finanziert** werden. **Außerdem** **verfügt** der **Kirchenbauverein** über **Gelder** zum **Bau**.

*** Stuyperich** (bei **Durlach**), 24. Dez. Nach **Blättermeldungen** ist man hier einer **größeren Urkundenfälschung** auf die **Spur** gekommen. Im **Zusammenhang** mit dieser **Affäre** wurde **Dienstag** **abend** der **Kasschreiber** der **Gemeinde**, **Gregor Weiler**, der **Vater** von **sieben Kindern** ist, **verhaftet**. **Wie** noch **dazu** **mitgeteilt** **wird**, **handelt** es sich bei den **Fälschungen** **besonders** um **zwei** **Fälle**. **Das** **eine** **Mal** **hatte** **Weiler** **Bürgen** **ohne** **deren** **Wissen** **angegeben**. **Wie** **sich** **jetzt** **nach** **ausgehender** **Prüfung** der **Materie** **herausstellt**, **dürfte** **aber** **hier** **kein** **Schaden** **entstehen**, **da** **der** **Betrag** **gedeckt** **ist**. **Wesentlich** **schwerer** **ist** **der** **zweite** **Fall**, **in** **dem** **Weiler** **einen** **Grundschuldbrief** **fälschte**. **In** **diesem** **Falle** **soll** **es** **sich** **um** **eine** **Summe** **von** **14 000 RM.** **handeln**, **für** **die** **keine** **Deckung** **vorhanden** **ist**.

Hd. Baden-Baden, 23. Dez. Der **48. Balneologenkongress** wird vom 4. bis 8. April 1933 unter dem **Vorsitz** von **Ministerialdirektor** **i. A. Birkl**, **Geh. Obermedizinalrat** **Professor D. Dr. Dietrich** in **Baden-Baden** **tagen**. Die **Grundthema** des **Kongresses** sind „**Die Bedeutung der Diagnostik für die Kurortwissenschaft**“ und „**Stand der Klimakunde**“. **Zugleich** **mit** **dem** **Balneologenkongress** **tagen** **in** **Baden-Baden** **die** **Zentralstelle** **für** **Balneologie**, **die** **Arbeitsgemeinschaft** **für** **wissenschaftliche** **Heilquellenforschung** **und** **der** **Standesverein** **der** **reichsdeutschen** **Badearzte**.

Hd. Freiburg, 23. Dez. Die **Direction** der **Schauinslandbahn** gibt **folgendes** **bekannt**: Die **Inbetriebnahme** der **Bahn** ist **leider** **immer** **nicht** **möglich**, **weil** **das** **seitens** **der** **Aufsichtsbehörde** **im** **Zusammenhang** **mit** **der** **aus** **Anlaß** **des** **Unfalls** **erfolgte** **Materialeinsparung** **der** **gesamten** **Bahnanlage** **eingeforderte** **Obergutachten** **über** **den** **Zustand** **der** **Seile** **nicht** **vorliegt**. Die **Schauinslandbahn** **wird** **am** **Samstag**, **Sonntag** **und** **Montag** **den** **Verkehr** **nach** **dem** **Schauinslandpfeil** **mit** **ihren** **Omnibussen** **durchführen**. Die **Wagen** **fahren** **ab** **Talstation** **an** **allen** **drei** **Tagen** **am** **um** **10, 12, 14** **und** **18** **Uhr**, **ab** **Verstation** **11, 13, 15** **und** **19** **Uhr**.

Hd. Waldshut, 23. Dez. Der **erste** **Strafensatz** des **Reichsgerichts** **hat** **am** **20. Dezember** **die** **Revision**, die **der** **im** **Niederwichter** **Arbeitsvertragsprozess** **verurteilte** **Edwin** **Gerspacher** **gegen** **das** **ihm** **auferlegte** **Urteil** **einlegte**, **verworfen**. **Das** **Reichsgericht** **hat** **nicht** **die** **Auffassung**, **daß** **im** **Waldshuter** **Urteil** **ein** **Rechtsirrtum** **vorgekommen** **sei**. **Damit** **ist** **das** **Urteil** **gegen** **Edwin** **Gerspacher** **rechtskräftig** **geworden**, **das** **auf** **2** **Jahre** **Gefängnis**, **700 RM.** **Geldstrafe** **und** **Verlust** **der** **bürgerlichen** **Ehrenrechte** **auf** **die** **Dauer** **von** **fünf** **Jahren** **lautete**.

Handel und Wirtschaft

Der Krupp-Waldschluf. Die **Friedr. Krupp-WG.** schließt ihr **Geschäftsjahr** 1931/32 mit einem **Verlust** in **Höhe** von **15 231 642 Reichsmark**, der **sich** **durch** **den** **Verlustvortrag** **aus** **dem** **Jahre** **1930/31** **um** **4 415 733 RM.** **auf** **19 647 375 RM.** **erhöht**. **Der** **Gesamtverlust** **ist** **aus** **Rücklagen** **gedeckt** **worden**. **Der** **Ertrag** **nach** **Abzug** **der** **Aufwendungen** **für** **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** **stellt** **sich** **auf** **108 065 165 RM.** **Die** **Erträge** **aus** **Beteiligungen** **belaufen** **sich** **auf** **4 696 106 RM.** **und** **die** **außerordentlichen** **Erträge** **auf** **3 020 299 RM.** **Dagegen** **betragen** **Löhne** **und** **Gehälter** **69 568 603 RM.,** **soziale** **Abgaben** **7 544 549 RM.,** **Steuern** **insgesamt** **10 504 713** **(im** **Vorjahr** **13 540 367) RM.,** **Wohlfahrtsausgaben** **6 143 486 RM.,** **Verluste** **aus** **Beteiligungen** **3 472 548 RM.,** **sonstige** **Aufwendungen** **(für** **Betriebs- und** **Verwaltungskosten, Vergütung, Patentabgaben, Verzinsungskosten, Mieten, Pachten u. dgl.)** **11 054 171 RM.**

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, das nun aus dem **Besitze** der **Rheinischelekttra** (**Rheinischelekttrizitätsgesellschaft** **A.-G.,** **Mannheim**), ein **Patet** von **8,5** **Mill. RM.** **Attien** der **Falzgwerke** **erwerben** **will**, **zum** **Kurz** **von** **125** **Proz.**, **besteht** — wie die **A. Bad. Landesztg.** **ausführt** — **in** **Süddeutschland** **bereits** **namhafte** **Interessen**. **Es** **ist** **z. B.** **mit** **50** **Proz.** **an** **dem** **Schuldeswerk** **beteiligt** **und** **auch** **an** **dem** **Kraftwerk** **Albrunn-Dogern** **AG.** **Waldshut** **besteht** **eine** **namhafte** **Beteiligung**. **Hierüber** **besteht** **durch** **das** **Waldshuter** **schon** **eine** **gewisse** **Interessiertheit** **an** **der** **Großkraftwerk** **Mannheim** **AG.**, **von** **dessen** **Kapital** **bekanntlich** **36,75** **Proz.**, **wiederum** **bei** **der** **Falzgwerke** **AG.** **liegt**. **Daneben** **besteht** **eine** **Verbindung** **des** **Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks** **über** **die** **Süddeutsche Eisenbahngesellschaft** **AG.** **Darmit** **ist** **über** **das** **Kraftwerk** **Abrunn**, **von** **dessen** **Kapital** **wiederum** **62,5** **Proz.**, **bei** **der** **Stadt** **Mannheim** **liegen**, **die** **gleichfalls** **an** **Großkraftwerk** **Mannheim** **mit** **36,75** **Proz.** **interessiert** **ist.** — **In** **dem** **Plan**, **die** **Attien** **der**

